

Position

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **78 (1998)**

Heft 4

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ulrich Pfister

KINDER KOSTEN

«*Kinder kosten nicht nur Geld, sondern auch Zeit. Und Zeit ist für uns bekanntlich auch wieder Geld.*» Mit dieser so verblüffend selbstverständlichen Erkenntnis beginnt ein Bericht, der im Auftrag des Bundesamtes für Sozialversicherung erstellt wurde und der nach der Veröffentlichung im Nu eine brisante Diskussion ausgelöst hat. Nun mag es ja von statistischem Interesse sein, einmal die direkten Kosten von Kindern zu ermitteln, wobei der Mittelwert von 340 000 Franken im Verlauf von 20 Jahren vor allem den Lebensstandard einer sogenannten Durchschnittsfamilie spiegelt. Man könnte weiterfragen, was der Vater, was die Mutter «kostet» und käme dann insgesamt darauf, was diese Familie mit ihrem Einkommen von angenommenen 1,7 Millionen Franken in diesen 20 Jahren sich leisten kann. Die Studie gibt denn auch eine beträchtliche Variationsbreite der geschätzten Beträge an und relativiert damit den «Kosten»-Ansatz doch erheblich.

Aber die Brisanz liegt nicht in den direkten, sondern in den indirekten «Zeit»-Kosten entgangener Erwerbsarbeit. Kinder zu haben stellt tatsächlich die Eltern vor Anforderungen vielfältiger Art; die gehörige Zuwendung von Zeit ist nicht deren geringste. Aber dies ist eine der Grundfragen des Lebens, die Gründung einer Familie ist ein so bedeutsames Unternehmen wie die Wahl des Berufs und die Bereitschaft, nach gegebenen Normen und zumeist in Abhängigkeit zu arbeiten. Für viele stellt die Familie den wichtigsten, weil autonomsten Teil der Selbstverwirklichung dar. Nun ist die Frage der Vereinbarkeit von Familienpflichten mit anderen Tätigkeiten, insbesondere auch der Möglichkeit einer flexiblen Aufgabenteilung zwischen den Eltern, in einer emanzipierten Gesellschaft zweifellos legitim. Die starren Rollenzwänge sind jedoch weitgehend abgebaut, die Möglichkeiten, sich zu organisieren, vielfältiger geworden. Es ist freilich nicht verwunderlich, dass vor allem die staatlichen Bildungseinrichtungen noch immer wenig flexibel sind.

Insofern ist es sogar verständlich, dass in der Studie der Staat angesprochen wird, er könnte in verschiedenen Bereichen mehr tun. Aber das sind nur die Feigenblätter. Denn im Grunde läuft die Argu-

mentation mehr oder weniger explizit darauf hinaus, dass der Staat die Belastung, die den Familien durch Kinder entsteht, grundsätzlich ausgleichen müsse. Im Visier hat man nicht primär die direkten Kosten – es fehlt bezeichnenderweise auch eine Gegenüberstellung der immensen Aufwendungen, die der Staat beispielsweise im Bildungswesen bereits erbringt –, sondern die Einkommenseinbussen der Mütter, die zu 95 Prozent nicht gedeckt werden. Hier soll mit einer Umverteilung von kinderlosen Personen zu Familien und von reichen zu armen Haushalten Remedur geschaffen werden.

Man kann diesen Vorschlägen mit sachlichen und mit politischen Argumenten entgegentreten. Es ist bemerkenswert, dass, gefördert von den verantwortlichen Stellen im Bund, derart weitreichende Forderungen zum Ausbau des Sozialstaates in einem Zeitpunkt lanciert werden, da die Tragfähigkeit der bestehenden Einrichtungen höchst bedenklich und renovationsbedürftig geworden ist und der Bundeshaushalt aus allen Fugen kracht. Aber die sofort angelaufene Diskussion bewegt sich nicht auf dieser praktischen, sondern vielmehr auf einer philosophischen Ebene. Viele fühlten sich durch die rein ökonomische Argumentation verletzt. Und wenn der Staat schon Kinder finanzieren soll, könnte man weiterfragen, ob er dann nicht auch andere Einbussen gegenüber einem hypothetischen Voll- bzw. bei Ehepaaren Doppelerwerbseinkommen ausgleichen müsste. Und was wären die Forderungen, die in einer aktiven staatlichen Familienpolitik etwa an die Reproduktionsrate der Gesellschaft, an die Budgets der Familien oder an Erziehung und Bildung gestellt werden könnten?

Dass sich aus dieser unbedachten Publikation eine weitere Verhärtung der sozialpolitischen Konfrontation ergeben werde, war abzusehen. Abstimmungs- und wahltaktisch hat sich das bisher für die Linke ausbezahlt. Um so schmerzhafter wird einmal die Erkenntnis sein, dass der Staat nicht nur finanziell, sondern auch ideell diese hochgespannten Erwartungen niemals erfüllen kann. Es ist wohl besser, wir ersparen unseren Kindern allzu grosse zukünftige Schulden, als dass wir heute ihre «Kosten» abwälzen. ♦